

EU-Beamte verdienen bald 19.000 Euro monatlich

Als EU-Beamte hat man sicher keine Geldsorgen. Und die EU ist selbst bemüht, ihre „Diener“ fürstlich zu entlohnen. Bis zu 19.000 Euro dürfte ein Spitzenbeamter in Brüssel bald abkassieren. Es ist nämlich – nachdem die Beamten zwei Jahre lang auf eine Gehaltserhöhung „verzichten mussten“ – ein Gehaltsplus angedacht. Für die Spitzenverdiener wäre das eine Erhöhung um 440 Euro monatlich.

Gehaltsplus für 45.000 EU-Beamte

Die Gehälter der rund 45.000 EU-Beamten sollen rückwirkend zum 1. Juli 2015 um 2,4 Prozent steigen. Das berichtet die Bild unter Berufung auf Berechnungen der EU-Statistikbehörde Eurostat. Die EU-Kommission wird wahrscheinlich diesen Mittwoch über die Erhöhung beraten.

Und übrigens: Während die Jobchancen am heimischen Arbeitsmarkt eher gering sind, hat man gute Chancen, im EU-Büro zu landen. Die EU-Personalabteilung Epso sucht nicht nur Referenten für die Verwaltung, sondern auch Juristen, Ökonomen, IT-Experten und natürlich Übersetzer. Die EU vermittelt wahrlich bessere Jobs als das AMS...

Grünes Chuzpe

Bekanntlich versprach die grüne, aus Griechenland stammende Obfrau für Wien, sofort zurückzutreten, wenn die Grünen bei der Gemeinderatswahl Stimmen verlören. Nach der ersten Hochrechnung meinte sie, es gehe nicht um Stimmen und Prozente, sondern um Mandate. Die Grünen verloren Stimmen, Prozente und ein Mandat.

Daß Frau Vassilakou nicht zurücktreten werde, ist keine Überraschung. Aber die Begründung ist schön: Sie wäre ja zurückgetreten, aber der Vorstand hat das nicht gewollt!

Das erinnert mich an den französischen Dichter Dumas. Der ließ sich mit einem Kontrahenten auf ein russisches Roulett ein - wer die schwarze Kugel aus einem Sack zog, müsse sich erschießen. Dumas zog die schwarze Kugel, nahm den Revolver, ging ins Nebenzimmer, der Schuß krachte und Dumas kam

lebend wieder zum Vorschein. „Ich habe mich nicht getroffen“ sagte er.

mungo

Dresden will PEGIDA zum Schweigen bringen

Dem politisch korrekten Gutmenschentum sind die wöchentlichen Kundgebungen von PEGIDA schon lange ein Dorn im Auge. Kein Wunder, treten doch die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ gegen Überfremdung und Islamisierung auf. Nun, nach einem PEGIDA-Auftritt der beiden Vlaams-Belang-Politiker Anke Van Dermeersch und Filip Dewinter will der Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) ein Demonstrationsverbot für die patriotische Bewegung prüfen. „Wir prüfen, ob die Ermittlungen der Polizei zu den Reden bei der PEGIDA-Demonstration wegen Volksverhetzung möglicherweise Auswirkungen auf die versammlungsrechtliche Einschätzung der Stadt haben“, lässt Hilbert über einen Sprecher ausrichten.

Die beiden Flamen Van Dermeersch und Dewinter wurden vom politischen Gegner nach dem Meinungsparagrafen „Volksverhetzung“ angezeigt. Gastrednerin Van Dermeersch verglich das Tragen von Kopftüchern bei muslimischen Frauen mit dem Tragen des Judensterns. Sie ist überzeugt, daß der Koran Frauen unterdrücke. Filip Dewinter bezeichnete den Islam als Raubtier, das bereit sei, sein schwächstes Opfer anzugreifen – mit dem Ziel, die Herrschaft über ganz Europa zu erlangen. Die selbsternannten „Toleranten“ vertragen anscheinend nicht Meinungen, die ihren Glaubensgrundsätzen widersprechen und obendrein provokativ vorgetragen werden.

Ein Paradebeispiel an „Berichterstattung“, das in bester Manier an mediale Politpropaganda in totalitären Systemen erinnert, lieferte in diesem Zusammenhang die „Sächsische Zeitung“. So schrieb das Blatt davon, daß „am Montag wieder volksverhetzende Reden bei der asylfeindlichen PEGIDA-Bewegung von der Bühne gehalten wurden“. Und die Äußerungen von Flamen Van Dermeersch und Filip Dewinter wurden als „Entgleisungen belgischer Rechtsextremisten“ bezeichnet.

Assad: „Die Türkei spielt die negativste Rolle der syrischen Krise“

Syriens Präsident Baschar al-Assad glaubt, daß die Türkei durch die passive Unterstützung für den „Islamischen Staat“ und die al-Nusra Front die destruktivste Rolle in der syrischen Krise spielt.

„Die Türkei spielt die negativste Rolle in unserer Krise. Das bezieht sich direkt auf Erdogan selbst und Davutoglu, weil sie beide die echte Ideologie widerspiegeln, welche sie in ihrem Herzen tragen. Es ist die Ideologie der Muslimbruderschaft“, so Assad in einem Interview mit dem französischen News-magazin Valeurs Actuelles, in dem er insbesondere die Rolle der Türkei im Syrienkonflikt aus seiner Sicht hervorhob.

So hob der syrische Präsident hervor, daß die Türkei im Vergleich zu Saudi-Arabien und Katar allgemein gesehen die gefährlichste Rolle spielen würde, weil sie den Terroristen die größtmögliche Unterstützung gewähren würden. „Manche Länder unterstützen die al-Nusra Front, welche die al-Quaida ist, andere Länder unterstützen den 'Islamischen Staat', die Türkei hingegen unterstützt beide und andere Gruppen zur gleichen Zeit“, so Assad weiter. „Sie unterstützen sie mit Humankapital. Sie unterstützen sie mit Geld, logistischer Hilfe, Waffen, Überwachungstätigkeiten, Informationen und erlauben während der Kämpfe in Syrien sogar Militärmanöver über ihre Grenzen.“

Weiters warf Assad der Türkei vor, daß die Türkei dies auch deshalb mache, weil Ankara vom gesammelten Geld aus dem Rest der Welt profitiere, welches über die Türkei zu den Extremisten fließe. Zudem würde der „Islamische Staat“ auch das Erdöl über die Türkei verkaufen.

Unsicherheitsgefühl: Deutsche und Österreicher decken sich mit Waffen ein

Während sich die EU Gedanken um deutlich restriktivere Waffengesetze macht, decken sich Deutsche und Österreicher mit immer mehr Waffen ein. Ursache dafür ist das wachsende Unsicherheitsgefühl der Menschen.

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland und Österreich sinkt deutlich. Dazu braucht man keine Umfragen zu machen, die das Stimmungsbild der Bevölkerung ohnehin nur äußerst ungenau wiedergeben – es reicht schon ein Blick auf die Waffenverkaufsstatistiken. Diese zeigen deutlich auf, dass die Nachfrage nach Pistolen und Gewehren massiv angestiegen ist. Selbst Menschen die zuvor keine Waffen besaßen, legen sich nun welche zu.

Alleine in Österreich wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres dem Zentralen Waffenregister 61.432 Lang- und Faustfeuerwaffen zusätzlich gemeldet. Nun sind es offiziell knapp 900.000 Stück insgesamt. Die Zahl der Waffenbesitzer selbst stieg um 14.310 auf 255.099 Personen. Damit besitzen offiziell rund 3 Prozent aller Österreicher eine Waffe.

In Deutschland gibt es Schätzungen zufolge rund 3,6 Millionen Waffenbesitzer, diese halten legal rund 10 Millionen Waffen vorrätig – plus rund 20 Millionen illegalen Waffen und 15 Millionen nicht registrierungspflichtigen Waffen. Allerdings vermehren die Waffenhändler in der Bundesrepublik inzwischen auch Rekordumsätze, so dass sich so mancher Kaufwillige oftmals gedulden muss. Selbst dann, wenn man sich nur Munition kaufen möchte.

Grund dafür ist vorwiegend das Sicherheitsbedürfnis der Menschen. Vor allem der Zustrom von monatlich hunderttausenden Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten verstärkt die subjektive Unsicherheit der Deutschen und der Österreicher. Es ist die Angst vor Einbrüchen und Überfällen, die sie dazu treibt, obwohl man in Deutschland bei der Gegenwehr – zum Beispiel dann, wenn man auf Einbrecher schießt – sogar noch bestraft wird.

Doch während man sich im deutschsprachigen Raum immer stärker bewaffnet, will die Europäische Union nach einem Vorstoß im Jahr 2013 angesichts der Anschläge von Paris erneut ein strikteres Waffenrecht etablieren und den Handel mit Waffen deutlich einschränken. Was die Brüsseler Eurokraten dabei nicht bedenken: Wer wirklich an Waffen kommen möchte, findet immer einen Weg. Auch wenn es sich dabei um Sturmgewehre handelt, die von den meisten Normalbürgern ohnehin nicht gekauft werden können. Die Schätzungen aus Deutschland (siehe oben) zeigen ohnehin ganz deutlich, dass der Markt für illegale Waffen größer ist als jener für legale. Faktisch handelt es sich dabei lediglich um eine spontane Alibiaktion des EU-Regimes zur weiteren Einschränkung der Bürgerrechte.

**Noch sitzt Ihr da oben,
Ihr feigen Gestalten
vom Feinde bezahlt und dem
Volke zum Spott.**

**Doch einst wird wieder
Gerechtigkeit walten
dann richtet das Volk und
dann Gnade Euch Gott.**

Carl Theodor Körner

**Allen seinen Lesern und Freunden
wünscht der WIENER BEOBACHTER
ein frohes Fest und ein gutes Jahr 2016.
Wie Sie wissen, sind wir nur und
ausschließlich von den Spenden unserer
Leser abhängig – daher unsere Bitte:
Helfen und unterstützen Sie uns auch
im neuen Jahr.**

Populismus: Flüchtlingskoordinator Konrad bezieht Büro-Container

Als reiner Asyl-Populist entpuppt sich nun Ex-Raiffeisenmanager Christian Konrad in seiner neuen Funktion als Flüchtlingskoordinator. Gegenüber Medien kündigte er an, daß er seine Tätigkeit von einem zehn Quadratmeter großen Bürocontainer aus durchführen werde. Dieser soll noch dazu auf einem Platz in der Wiener Innenstadt aufgestellt werden. Offensichtlich möchte Konrad damit die Aufmerksamkeit der Medien und Öffentlichkeit mit allen Mitteln erreichen.

Demgegenüber hat der von SPÖ und ÖVP großkoalitionär eingesetzte Koordinator inhaltlich noch keine Vorgaben gemacht. Lediglich die Teilnahme an der Regierungs-Task Force zum Asylantenwesen wurde gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert.

Koordinatoren entlarven Unfähigkeit von Faymann und Co.

Daß sich die rot-schwarze Bundesregierung überhaupt einen Asyl-Koordinator hält, ist ein weiteres Indiz für deren völlige Unfähigkeit. Ein Bundeskanzler, zwölf Minister und zwei Staatssekretäre und eine Hundertschaft von Kabinettsmitgliedern, Sektionschefs und Gruppenleitern in den Ministerien ist offensichtlich nicht in der Lage, komplexe Aufgaben, wie die Asylfrage, zu managen.

Gleichzeitig hebt man mit solchen Koordinatoren auch die Kontrolle des Parlaments und damit die Demokratie aus, da diese ja keiner Ministerverantwortlichkeit und auch nicht dem Beamtendienstrecht unterliegen.

EU will Passkontrollen in Europa wieder einführen

Die EU will allen Mitglieds-Ländern per Sonder-Dekret erlauben, ihre Grenzen für zwei Jahre zu schließen. Damit wäre das Schengen-System am Ende. Deutschland bliebe es allerdings weiter freigestellt, seine Grenzen offen zu lassen.

Die EU plant die Wiedereinführung der Grenzkontrollen für bis zu zwei Jahre im Schengen-Raum. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft aus Luxemburg wurde von der Bürgerrechtsgruppe Statewatch geleakt. Bisher ist es den Schengen-Mitgliedsländern nicht erlaubt, ihre eigenen Grenzen für mehr als sechs Monate dicht zu machen.

Dem Vorschlag nach soll eine zweijährige Ausnahmegenehmigung zur Grenzschließung erteilt werden, „insofern die außergewöhnlichen Umstände eine ernste Bedrohung für die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit darstellen.“ Gelten sollen die Vorschläge für „ein oder mehrere Mitgliedsländer“ und für „alle oder bestimmte Teile der Innengrenzen“. Diese Formulierung legt nahe, dass die Vorschläge nicht für einen bestimmten Fall wie etwa derzeit Griechenland, sondern als Blanko-Scheck für Kontrollen der Binnen-Grenzen in der gesamten EU angewendet werden sollen, so der Menschenrechtsexperte Steve Peers von der Uni Essex gegenüber dem EU Observer. In seinem Blog stellt Peers dar, warum das Dokument nicht nur als Erlaubnis für Griechenland gesehen werden kann, sondern vielmehr für alle EU-Länder gilt.

Die EU hatte zuvor gedroht, Griechenland aus dem Schengen-Raum zu werfen, sollte das Land seine EU-Außengrenze nicht gegen Flüchtlinge absichern. Diese Drohung wurde damit begründet, dass Griechenland nicht mit der europäischen Grenzschutz-Agentur Frontex zusammenarbeite. Das Papier schlägt daher auch vor, unverzüglich eine umfassende Frontex-Operation in Nord-Griechenland durchzuführen „um die schwerwiegenden Probleme mit den Nachbarländern zu bewältigen“.

Wohlan, mein Freund!

Wie steht es mit der Diktatur?

Ist es nicht so, daß sich die Demokratie selber auflöst durch eine gewisse Unersättlichkeit in der Freiheit? Wenn sich die Väter daran gewöhnen, ihre Kinder einfach gewähren und laufen zu lassen, wie sie wollen, und sich vor ihren erwachsenen Kindern geradezu fürchten, ein Wort zu reden, oder wenn die Söhne schon so sein wollen wie die Väter, also ihre Eltern weder scheuen, noch sich um ihre Worte kümmern, sich nichts mehr sagen lassen wollen, um ja recht erwachsen und selbständig zu erscheinen. Und auch die Lehrer zittern vor solchen Verhältnissen vor ihren Schülern und ihnen lieber schmeicheln, statt sie sicher und mit starker Hand auf einen geraden Weg zu führen, sodaß sich die Schüler nichts mehr aus ihnen machen. Überhaupt sind wir schon so weit, daß sich die Jüngeren den Älteren gleichstellen, ja gegen sie auftreten in Wort und Tat, die Alten aber setzen sich unter die Jungen und suchen sich ihnen gefällig zu machen, indem sie ihre Albernheiten und Ungehörigkeiten übersehen oder gar daran teilnehmen, damit sie ja nicht den Anschein erwecken, als seien sie Spielverderber, oder gar auf Autorität versessen. Auf diese Weise werden die Seele und die Widerstandskraft aller Jungen allmählich mürbe! Sie werden aufsässig und können es schließlich nicht mehr ertragen, wenn man nur ein klein wenig Unterordnung von ihnen verlangt. Am Ende verachten sie auch die Gesetze, weil sie niemand und nichts mehr als Herr über sich anerkennen wollen, und das ist der schöne, jugendfrohe Anfang der Tyrannei!

Platon

SPÖ-Minister Hundstorfers Lehre für Asylwerber wurde zum Mega-Flop

Die 2012 mit großem Trara eingeführte Lehre für Asylwerber wurde zum beschäftigungspolitischen Mega-Flop. In einer Anfragebeantwortung an die freiheitliche Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein musste SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer jetzt zugeben, dass in den letzten vier Jahren lediglich 241 Asylwerber (im Alter von bis zu 25 Jahren) eine Lehre in Österreich begonnen hatten. Von diesen sind aktuell aber nur mehr 115 Lehrlinge in einer Beschäftigung, das heißt über 50 Prozent haben die Lehre wieder abgebrochen. Dass Hundstorfer nun weitere Mangelberufe für den Beginn einer Lehre für Asylwerber geöffnet hat, kann somit nur ein reines Propaganda-Projekt sein. *Zudem sind bereits rund 19.000 Personen mit Asylstatus bzw. als subsidiär Schutzberechtigte ohne Arbeitsplatz. Eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes würde somit auch dort zu noch mehr Verdrängungswettbewerb führen.*

Hundstorfer kennt nicht einmal die Gründe für den Lehr-Abbruch

Welchen arbeitsmarktpolitischen Schildbürgerstreich SPÖ-Minister Hundstorfer hier fabriziert hat, ergibt sich ebenfalls aus der Anfragebeantwortung. Der rote Sozialminister weiß nämlich gar nicht im Detail, warum so viele Asylwerber die Lehre wieder abgebrochen haben:

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, die Gründe für eine vorzeitige Beendigung des Lehrverhältnisses zu melden. Die Beschäftigungsbewilligung erlischt gemäß § 7 AuslBG automatisch, wenn die Beschäftigung beendet wird (was in der Regel mit der Abmeldung von der Sozialversicherung einhergeht) oder wenn binnen sechs Wochen nach Laufzeitbeginn der Beschäftigungsbewilligung die Beschäftigung nicht aufgenommen wird. Aus den dem AMS und dem BMASK vorliegenden Daten kann daher nicht festgestellt werden, welche Lehrverhältnisse abgeschlossen, abgebrochen oder aus anderen Gründen beendet wurden (z.B. weil die Aufenthaltsberechtigung des Lehrlings geendet hat).

Asylaufstand der Burgenländer

Darabos kritisiert nach Niessl die Asylpolitik von Faymann. Wiens Häupl attackiert Niessl.

Feind, Todfeind, Parteifreund – ein geflügeltes Wort, das diesmal in der SPÖ zutrifft. Nachdem Burgenlands SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl seinem Parteifreund SP-Kanzler Werner Faymann am Montag öffentlich ausgerichtet hatte, daß er „eine Kurskorrektur“ in der Flüchtlingspolitik von seiner Partei erwarte, legt sein roter Landesrat Norbert Darabos im ÖSTERREICH-Interview nach.

Der Ex-SP-Bundesgeschäftsführer und ehemalige Verteidigungsminister sagt: „Ich stimme zu 100 Prozent mit dem Landeshauptmann überein. Er spürt die Stimmung der Leute. Wenn die Regierung hier nicht korrigiert, wird sie Schiffbruch erleiden.“

Ex-Minister unterstützt Niessl gegen Faymann

Tatsächlich, bei einem Lokalausgang im burgenländischen Bruckneudorf – einer roten Hochburg, in der das Innenministerium ein Containerdorf für Flüchtlinge plant – gehen die Emotionen hoch.

Burgendlands SPÖ probt den Aufstand gegen den Bund: Sie will das Containerdorf verhindern und künftig „konsequenter abschieben“.

Kärntens SP-Landeshauptmann Peter Kaiser stimmt in dieser Frage Niessl via ÖSTERREICH zu: „Flüchtlingshilfe ist unbestritten. Aber wir müssen die Asylverfahren beschleunigen und Rückführungen von Wirtschaftsflüchtlingen umsetzen.“ Wiens SP-Bürgermeister Michael Häupl greift hingegen Niessl frontal an: „Seine Aussagen sind entbehrlich.“ Ein Kurswechsel komme nicht infrage.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 255 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *
Verlagspostamt: 1170 Wien